



Menschenrecht und Gewaltverzicht?

Leitbilder grüner Friedens- und Sicherheitspolitik

Welchen Leitbildern folgt die Programmatik der grünen Friedens- und Sicherheitspolitik? Der Fachbereich Aussenpolitik der deutschen Grünen diskutierte die Frage intensiv. Wir veröffentlichen eine auszugsweise Abschrift des Gesprächs *

Martina Fischer: Die Debatte um die Nato-Luftangriffe war stark von einer Dichotomie geprägt, nämlich der Annahme, dass es in gewissen Situationen eine Unvereinbarkeit zwischen der Wahrung der Menschenrechte und dem Gewaltverzicht gibt. Beide Prinzipien sind Teil der Programmatik der Grünen seit ihrer Entstehung. Regine Mehl, wie kann Politik auf internationaler Ebene zwischen den Staaten, aber auch innerhalb der gesellschaftlichen Gruppen zur Gewaltminderung beitragen? Gibt es Anregungen aus der Friedensforschung, die uns bei der Suche nach Leitbildern weiterhelfen können?

Regine Mehl: Leitbilder halte ich für sehr wichtig. Sie sind der rote Faden in der Programmatik. Die Grünen sind die erste und bis jetzt auch einzige Partei in einem demokratischen Staat, die das Militär grundsätzlich in Frage stellen. Diese antimilitaristische – nicht antimilitärische – Haltung muss unbedingt aufrechterhalten werden. Dieser zentrale rote Faden sollte als Leitbild deklariert werden. Wichtig finde ich ebenfalls die Ausrichtung auf die gesellschaftlichen Kompetenzen der Menschen in den Nichtregierungsorganisationen und nicht das alleinige Schielen auf die staatliche Ebene. Auch dies war ein typisches Merkmal grüner Politik, aber in den vergangenen Jahren scheint es etwas verlorengegangen zu sein.

Wie wird diese Thematik in der Bundestagsfraktion diskutiert? Und wie müsste mit diesen Fragen umgegangen werden, um im Grundsatzprogramm einen Kon-

sens herzustellen, der für die Partei tragfähig ist?

Christian Sterzing: Die Debatte in der Fraktion ist bislang nicht ausreichend geführt worden. Wir müssen zugeben, dass uns die rasante Entwicklung eingeholt hat und wir bislang nicht die Zeit und Ruhe gefunden haben, um darauf einzugehen. Das alte Klagelied über die Dominanz der Tagespolitik. Mein Eindruck ist, dass sich im Umgang der Fraktion mit dem Thema Kosovo-Krieg nur das widerspiegelt, was sich in der Partei insgesamt abspielt, nämlich ein weitgehender Verdrängungsprozess. Die Auseinandersetzung war für viele sehr schmerzhaft und jeder ahnt, dass die Auseinandersetzung mit den Konsequenzen ähnlich schmerzhaft sein wird.

Mit dieser Entwicklung als Regierungspartner konfrontiert zu sein, führt zu einer Fokussierung auf den unmittelbaren Entscheidungsbedarf, d.h. dass grundsätzliche Debatten in der Fraktion deshalb zu kurz kom-

men. Dies trifft auch auf die Diskussion über die Aufgaben der Bundeswehr zu. Wir haben nicht die

Mein Eindruck ist, dass sich im Umgang der Fraktion mit dem Thema Kosovo-Krieg nur das widerspiegelt, was sich in der Partei insgesamt abspielt, nämlich ein weitgehender Verdrängungsprozess.

Zeit und Ruhe, uns mit grundsätzlichen Fragen wie der Rolle des Militärs in der Gesellschaft, der internationalen Einbindung und des Umgangs der Grünen mit der Situation ausreichend zu beschäftigen.

Was bedeuten die Veränderungen auf dem Gebiet der europäischen Militärpolitik für die Programmatik?

Christian Sterzing: Das Entscheidende scheint mir zu sein, dass die EU den von uns immer abgelehnten militärischen Pfeiler bekommt. Das ist keine europäische Armee, die durch Übertragung nationaler Souveränitätsrechte auf die europäische Ebene entsteht. Der zweite sehr wesentliche Punkt ist, dass sich die EU stärker als bisher der zivilen Krisenprävention und Konfliktbearbeitung zuwendet.

Der Kölner Gipfel hat der finnischen Ratspräsidentschaft den Auftrag gegeben, nicht nur einen Bericht über die militärische Zusammenarbeit zu erstellen, sondern auch einen über die zivile Kooperation. Die Kapazitäten ziviler Konfliktbearbeitung sind aufgenommen und es sind Vorschläge zur Weiterentwicklung gemacht worden. Der Bericht über die militärische Kooperation ist allerdings wesentlich länger als der über die nicht-militärische Zusammenarbeit. Während im militärischen Bereich, insbesondere auf dem institutionellen Niveau, viel Fantasie aufgewendet wurde, ist der Bericht über den zivilen Bereich

nicht mehr als eine Bestandsaufnahme dessen, was es schon gibt. Unter dem Aufbau und der Weiterentwicklung ziviler Kapazitäten verbirgt sich nicht das, was wir unter Entmilitarisierung und Zivilisierung verstanden haben, d.h. eine Bewegung, die auf die Zurückdrängung des Militärs abzielt. Statt dessen wird hier eine Parallelität entwickelt. Es wird argumentiert, dass die EU zwar die zivile Konfliktbearbeitung befürworte, dass diese aber mit dem Aufbau von glaubwürdigen militärischen Kapazitäten einhergehen müsse. In dieser Argumentation resultiert die Legitimität und die Effizienz von ziviler Konfliktbearbeitung aus der militärischen Handlungsfähigkeit.

Dies entspricht unserer Vorstellung ebenso wenig, wie die auf dem Selbstbehauptungsargument gegenüber den USA basierende Legitimation europäischer Militärkapazitäten. Die Lehre, die aus dem Kosovo-Krieg gezogen wird, ist die, dass die Europäer ohne die Amerikaner nichts zustande bekämen. Von dieser Abhängigkeit müsse man sich lösen und sei deshalb gezwungen, eigene Kapazitäten aufzubauen. Dieses Selbstbehauptungsargument, das von Sozialdemokraten sehr stark getragen wird, ist ein ganz wesentlicher Argumentationsstrang in der derzeitigen Debatte.

Elisabeth Schroedter, was bedeutet aus deiner Sicht die Ergänzung der EU um einen militärischen Arm? Wie wird diese Veränderung in anderen grünen Parteien in Europa diskutiert?

Elisabeth Schroedter: Es findet ein intergouvernementaler Prozess unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Die Frage nach dem *ob*, d.h. Ziviler oder Militärunion, ist mit dem Amsterdamer Vertrag zu Gunsten der Militärunion entschieden worden. Interessant ist, dass dieser Prozess während der neutralen, österreichischen Präsidentschaft anging. Zu diesem Zeitpunkt gab es zum ersten Mal unter Ausschluss der Öffentlichkeit ein informelles Treffen der europäischen Verteidigungsminister, an dem alle wesentlichen Punkte festgeklopft wurden. Dieser Prozess ist

durch den Kosovo-Krieg enorm beschleunigt worden.

Die Schaffung eines militärischen Arms der EU erklärt sich nicht nur aus der Legitimierung der Militärs nach der Beendigung der Blockkonfrontation, sondern auch aus dem grossen Bedürfnis einer riesigen Rüstungsindustrie nach neuen Aufträgen. Die ersten Zusam-

Die Schaffung eines militärischen Arms der EU erklärt sich auch aus dem grossen Bedürfnis einer riesigen Rüstungsindustrie nach neuen Aufträgen.

menschlüsse von französisch-deutschen und britisch-französisch-deutschen Unternehmen wurden bereits vollzogen. Beide Prozesse legitimieren sich gegenseitig.

In Helsinki ist der Abschluss geschaffen worden. Ein Zurück gibt es nicht mehr. Wir müssen uns in der Programmdebatte darauf einstellen und versuchen, von einem politisch-pazifistischen Standpunkt her Auswege aus dieser neuen Situation finden. Die Frage ist, wie wir wichtige Ressourcen zurückgewinnen und sie bei der Lösung anderer Probleme, z.B. Armut und ökologische Zerstörung, einsetzen können.

Die Forschungsressourcen werden zunehmend an den militärischen Komplex gebunden. Im europäischen Parlament gibt es keine Mehrheit für die Umverteilung der Ressourcen für zivile Zwecke mehr. 1995, als die neutralen Staaten gerade der EU beigetreten waren, gab es eine Mehrheit gegen eine zunehmende Militarisierung. Dies hat sich sehr schnell geändert. Dafür gibt es mehrere Gründe.

In *Österreich* sind nur noch die Grünen gegen die zunehmende Militarisierung, obwohl die Bevölkerung auf die Neutralität pocht. *Schweden* ist stark eingebunden, da es den drittgrössten militärisch-industriellen Komplex in Europa hat und dadurch von anderen Staaten nicht mehr als neutrales Land angesehen wird. *Finnland* hat durch die

Rolle, die es im Vermittlungsprozess im Kosovo-Krieg gespielt hat, seine neue Berufung im Vorantreiben dieser Entwicklung gefunden. Das geht soweit, dass sogar die finnischen Grünen von der Idee der Zentralität von nicht-militärischen Mitteln bei der Konfliktlösung abgewichen sind.

Im Allgemeinen kann man sagen, dass es hauptsächlich die *Iren* sind, die massiv protestieren und auf ihre Neutralität pochen. Im grünen Bereich sind es noch die Schweden und die Österreicher, welche die nicht-militärische Alternative priorisieren. Es gibt eine ganz deutliche Änderung der Mehrheiten innerhalb der grünen Fraktion im Europäischen Parlament; diejenigen, die darauf pochen, dass zuerst über nicht-militärische Lösungen diskutiert wird, sind zunehmend in die Minderheit geraten. Welche Position die deutschen Grünen einnehmen, spielt eine grosse Rolle.

Was ist aus der Idee des European Civil Peace Corps geworden? Ist dieser Vorschlag nur noch Makulatur oder wird weiter an der Umsetzung gearbeitet?

Elisabeth Schroedter: Diese Initiative wurde von *Alex Langer* in der Zeit des Bosnien-Konfliktes entwickelt. Speziell geschulte zivile Kräfte sollten zur Mediation und zur Unterstützung der Friedenskräfte vor Ort, aber auch zur konkreten humanitären Hilfe eingesetzt werden. Es war ein Element einer Zivilmacht EU. Noch kurz vor der Wahl haben wir diese Idee dahingehend vorangetrieben, dass wir einen EP-Beschluss erreicht haben. Unsere Forderung war, zivile Alternativen nicht nur als Anhängsel des militärischen Bereichs zu behandeln und mehr Mittel für deren Entwicklung bereit zu stellen. Da diese ja nicht unbegrenzt vorhanden sind, soll also eine Umverteilung erfolgen.

Regine Mehl, du hast gesagt, dass die Militärkritik und die antimilitaristische Grundhaltung wichtige Elemente der grünen Programmatik waren. Der Umbau der Bundeswehr hängt stark mit der Frage zusammen, welchen Auftrag man ihr gibt.

Soll sie im Rahmen der Uno stärker an polizeilichen Aufgaben in Krisenregionen mitwirken und ist sie entsprechend reformier- und umbaufähig?

Regine Mehl: Meiner Ansicht nach ist eine zentrale Frage, ob die Bundeswehr umgebaut oder abgeschafft und statt dessen etwas Neues geschaffen werden soll. Dazu gibt es seit vielen Jahren in der Friedensforschung Forschungsprojekte mit sehr guten und interessanten Resultaten. Inzwischen liegen sogar empirische Ergebnisse vor. Militär, egal wie es umgebaut wird, bleibt immer Militär. Es kann immer einen

Meiner Ansicht nach ist eine zentrale Frage, ob die Bundeswehr umgebaut oder abgeschafft und statt dessen etwas Neues geschaffen werden soll.

Krieg führen, selbst wenn man es zu einem abrüstungsfähigen Militär macht, oder wenn man es zu einer Verteidigungsarmee umbaut. Es bleibt dabei, dass das Militär immer schießen und immer wieder dafür gebraucht werden kann.

Wir müssen diskutieren, wie man dieses Militär kontrollieren kann. Meiner Ansicht nach dreht es sich nicht nur um die parlamentarische Kontrolle, sondern auch um die Möglichkeiten einer gesellschaftlichen Debatte.

Winni Nachwei: Die Infragestellung des Militärischen ist weiterhin völlig angebracht. Zugleich sind wir als Regierungspartei unausweichlich mitverantwortlich für diesen Teil des Gewaltmonopols. Die politische Mitverantwortung zieht den Gestaltungsauftrag nach sich. Wenn der Gestaltungsauftrag auf den blossen Abbau im Sinne von Abwicklung/Abriss der Bundeswehr zielen soll, so ist das aus prinzipiell pazifistisch/antimilitärischer Sicht sicher wünschenswert. Ich halte das aber für eine Option, die auf Regie-

rungsebene völlig realitätsfern ist – also handlungsunfähig macht – und die auch an den aktuellen sicherheits- und friedenspolitischen Anforderungen vorbeigeht.

Wir haben dem Militärischen gegenüber überwiegend eine Gesin-

Die massiven Einsätze zur Absicherung von Waffenstillständen und ihre Rolle bei der Friedenskonsolidierung signalisieren einen teilweisen Funktionswandel – genauer eine Funktionserweiterung – von Militär in Europa.

nungshaltung, die wahrhaftig gut begründet ist, die aber nicht ausreicht. Zur grundsätzlichen kritischen Haltung zum Militär als Kriegsinstrument muss die genaue und nüchterne Wahrnehmung dessen kommen, was Militär heute ist und tut, ohne dass etwas verharmlost wird. Zur Kenntnis genommen werden muss die ganze Spannweite der Einsatzrealität der Bundeswehr in letzten Jahren, insbesondere in Bosnien und Kosovo. Die massiven Einsätze zur Absicherung von Waffenstillständen und ihre Rolle bei der Friedenskonsolidierung signalisieren einen teilweisen Funktionswandel – genauer eine Funktionserweiterung – von Militär in Europa.

Wenn man die Präsenz der SFOR in Bosnien akzeptiert und für richtig und im Moment für unverzichtbar hält, dann ist das ein Bruch in der das Militär ablehnenden Gesinnungseinstellung. Wenn gefordert wird, dass die Alternativen herausgearbeitet werden sollen, kommt es entscheidend darauf an, den konstruktiven Bereich in unserer Friedenspolitik zu fördern. Wir machen uns etwas vor, wenn wir als kleine Fraktion meinen, wir könnten das Militärische direkt zurückdrängen. Die notwendige Gewichtsverlagerung weg vom Militärischen lässt sich am besten dadurch erreichen, dass präventive Friedenspolitik und zivile Konfliktbearbeitung konkret,

funktionstüchtig und effektiv werden. Das ist der entscheidende und aussichtsreiche politische Hebel.

Wenn wir darüber hinaus zu einer klaren Auftragsbegrenzung der Bundeswehr beitragen, die Versuche, den Militäretat zu erhöhen, zusammen mit anderen abwehren und die im Moment erreichte Reduzierung konstant halten können, dann ist viel erreicht.

Kann es sein, dass wir, da wir als kleine politische Kraft nicht über die Macht verfügen, das Militärische zurückzudrängen, dieses bereits im Programm ein-gestehen und diese Vision nicht mehr angehen?

Albert Statz: Wer eine programmatische Aussage von den gesellschaftlichen und politischen Kräfteverhältnissen abhängig macht, hat die Aussage schon entwertet und ist Sozialdemokrat. Wer programmatische Aussagen völlig ungeachtet von Bedingungen der Realisierung und Durchsetzung von sich gibt und eine reine Wertediskussion daraus macht, hat sich politisch selber entmacht. Dies ist eine Maxime jeglicher Programmdiskussion.

Es gibt zwei Elemente der Neulegitimation des Militärischen. Das eine Element ist der Verweis auf die Menschenrechte. Das zweite Element ist eine Neulegitimation mit dem Verweis auf Europa oder auf internationale Strukturen der Legitimation. Wenn die EU-Militär-macht jetzt Realität ist und wir die Idee einer Zivilmacht nicht mehr hochhalten können, dann bleiben drei Alternativen. Zum einen besteht die Möglichkeit des Zurückdrängens des Militärs. Diese Haltung ist sehr defensiv. Eine zweite Möglichkeit wäre die Stärkung des zivilen Gegengewichts. Dies könnte bedeuten, das Militär bewusst im intergouvernementalen Bereich zu lassen und das zivile Element in der europäischen Union zu stärken. Die dritte Alternative wäre die Beschäftigung mit dem Argument, dass das Militär im Rahmen der EU vollkommen vergemeinschaftet werden sollte. *Daniel Cohn-Bendit* sagt explizit, dass wir eine Europa-Armee bräuchten, weil dies die demokratische Kontrolle ermöglichen würde.

Wenn wir nur über die Reform der Bundeswehr reden, sind wir von vornherein in der Defensive. Wäre es politisch nicht viel besser für uns, diese Bundesregierung, die wir sel-

Wenn wir nur über die Reform der Bundeswehr reden, sind wir von vornherein in der Defensive.

ber stellen, massiv und frontal damit anzugreifen, dass sie bei der Entfaltung des zivilen Instrumentariums im Bereich der Aussenpolitik versagt?

Claudia Roth: Wir haben auf einem Seminar der Evangelischen Akademie in Mühlheim sehr intensiv über die Folgen des Bosnien-Kriegs und des Kosovo-Kriegs im Bereich der Flüchtlingspolitik gesprochen. Es gibt eine deutliche Militarisierung in diesem Bereich, in dem das Militär ganz neue Aufgaben erfüllt.

Diese Entwicklung hat nicht erst begonnen. *Mitterand* hat bereits als Kosovo-Albaner mit alten Schiffen in Italien ankamen, argumentiert, Europa brauche aus demokratischen Gründen eine eigene europäische militärische Kraft. Damals wurde dies als übertrieben angesehen. Heute konstatieren wir aber eine Militarisierung im Bereich Flüchtlingspolitik. Dies wird deutlich, wenn z.B. in einem Strategiepapier über Asyl und Migration im Zusammenhang mit Rückführungen davon geredet wird, dass die EU dazu legitimiert sein soll, zur aktiven Absicherung der Rückkehrmöglichkeiten mit denselben Machtinstrumenten zu intervenieren, die von der Staatengemeinschaft zur Friedenssicherung und Konfliktbeendigung eingesetzt werden.

Was heisst es, wenn Aufgaben von humanitären Organisationen in Kriegs- und Krisensituationen von Militär übernommen werden und argumentiert wird, dass dieses dazu besser in der Lage sei? Dies hat objektiv gestimmt, denn die Lager, die vom Militär unterhalten wurden,

waren besser. Es wird aber nicht überlegt, wie man humanitäre Organisationen in die Lage versetzt, diese Arbeit besser zu tun, sondern es wird argumentiert, dass das Militär diese Aufgaben gut erfüllt.

Ich würde mir sehr wünschen, dass wir diese Brücke zwischen Innen und Aussen und zwischen Friedens- und Flüchtlingsbewegung in die Grundsatzdebatte einbeziehen.

Frithjof Schmidt: Wir haben im Anschluss an die Kosovo-Entscheidung ein Glaubwürdigkeitsproblem. Dieses setzt sich fort. Die Diskussion bewegt sich zwischen dem hohen moralischen Anspruch, mit dem damals die Intervention begründet

Wir haben im Anschluss an die Kosovo-Entscheidung ein Glaubwürdigkeitsproblem.

worden ist und dem gnadenlosen machtpolitischen Relativismus, der zum Zuge kommt, wenn man über Tschetschenien spricht. Dies war gut auf dem aussenpolitischen Ratschlag der Heinrich-Böll-Stiftung erkennbar, als *Daniel Cohn-Bendit* zu *Joschka Fischer* sagte: "Putin ist Milosevic." *Joschka Fischer* bekam nicht mehr heraus als: "So kann man das nicht sehen." Solange wir das nicht auflösen, wird sich diese Glaubwürdigkeitslücke, die sich in unseren Wahlergebnissen und an Beteiligungen von Versammlungen zeigt, fortsetzen.

* Die TeilnehmerInnen des Gesprächs sind:

Dr. Regine Mehl, Leiterin der Arbeitsstelle Friedensforschung, Bonn;

Sabine Meyer, Mitarbeiterin bei der grünen Fraktion im Europaparlament;

Christian Sterzing, Mitglied der Bundestags-Fraktion;

Elisabeth Schroedter, Mitglied des Europaparlaments.

Das Gespräch moderierte *Martina Fischer*. Es wurde protokolliert von *Anna Börmel* und für *MOMA* bearbeitet von *Roland Brunner*.